



Februar 2009

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.



© Infratest dimap, Moosdorfstraße 7-9, 12435 Berlin

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND Februar 2009

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte Sonntagsfrage: 1.750 Befragte	
Erhebungszeitraum:	02. bis 03. Februar 2009 Sonntagsfrage: 02. bis 04. Februar 2009	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Berlin, Februar 2009
67.10.105457

Analyse

ARD-DeutschlandTREND Februar 2009

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise wird von der Mehrheit der Bundesbürger als Bedrohung gesehen, die ihr volles Ausmaß noch nicht erreicht hat. Generell sorgenvoller fällt daher der Blick der Deutschen in die Zukunft aus: Nach 32 Prozent im Dezember fürchten derzeit 37 Prozent der Erwerbstätigen um ihren Arbeitsplatz. Nach 42 Prozent zum Jahresende sorgen sich momentan 49 Prozent der Bundesbürger um ihre Ersparnisse. Gleichzeitig wird das Krisenmanagement der Regierung zunehmend zurückhaltender bewertet. Bescheinigten im Dezember zwei Drittel der Berliner Politik ein schnelles und entschlossenes Handeln, sind es aktuell 58 Prozent.

Die nicht abreißenden Krisenmeldungen und die Diskussion von immer neuen und weiter reichenden Krisenmaßnahmen dürften hierzu entscheidend beigetragen haben. Gut die Hälfte befürchtet, die Koalition habe angesichts des Krisenausmaßes den Überblick verloren, zwei Drittel haben nicht den Eindruck, dass die Bundesregierung derzeit eine klare Linie im Umgang mit der Krise verfolgt. Dies bedeutet nicht, dass die im Konjunkturpaket vorgesehenen Maßnahmen durchweg auf Ablehnung stoßen. Von zusätzlichen Ausgaben für Schulen und Hochschulen, moderaten Steuerentlastungen der Bürger und Investitionen in Straßen und Schienen erwartet eine Mehrheit der Deutschen durchaus positive Effekte. Jedoch wird die Wirksamkeit eines Konjunkturpaketes insgesamt zunehmend skeptischer bewertet.

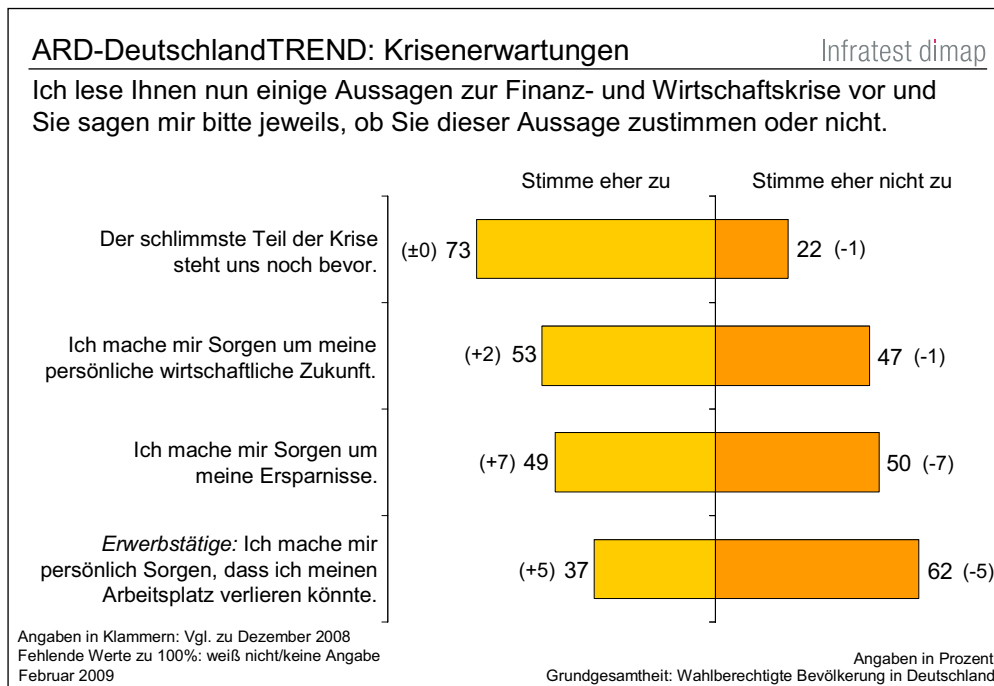
Die nüchternere Bewertung des Krisenmanagements in Berlin lässt die allgemeine Regierungszufriedenheit nicht unberührt. Die Bundesregierung hatte mit Krisenbeginn im vergangenen Herbst kontinuierlich an Vertrauen zugelegt. Der positive Trend wird im Februar erstmals ausgesetzt. In der Personenbewertung spiegelt sich dies bislang allerdings allein in den Werten des Wirtschaftsministers wider. Anders als seine Kabinettskollegen verliert Michael Glos erkennbar, er wird derzeit so schlecht bewertet wie nie zuvor. Noch deutlicher als der CSU-Politiker büßt im Februar jedoch Franz Müntefering ein. Im Urteil der Bundesbürger liegt er zwar auf Rang vier der Parteipolitikerrangliste, als neuer SPD-Vorsitzender erzielte er in den Monaten zuvor jedoch durchweg bessere Werte.

In der aktuellen Stimmung geraten beide Koalitionsparteien unter Druck, die Union stärker noch als die SPD. Die Union hätte aktuell 34 Prozent (-3) in Aussicht, die SPD 25 Prozent (-1). Profitieren können von der Schwäche der beiden großen Parteien vor allem die Liberalen. Sie verbessern sich um 3 Punkte auf 16 Prozent. Nach dem Hessen-Erfolg liegt die Westerwelle-Partei damit in der bundespolitischen Stimmung auf Rekordniveau. Grüne und Linke legen jeweils um 1 Punkt auf 11 Prozent zu. Die sonstigen Parteien kämen zusammen auf 3 Prozent (-1).

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom Februar, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sechs Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 2. bis 3. Februar 1.000, für die Sonntagsfrage vom 2. bis 4. Januar 1.750 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

Finanz- und Wirtschaftskrise: Wachsende Sorge um Arbeitsplatz und Ersparnisse

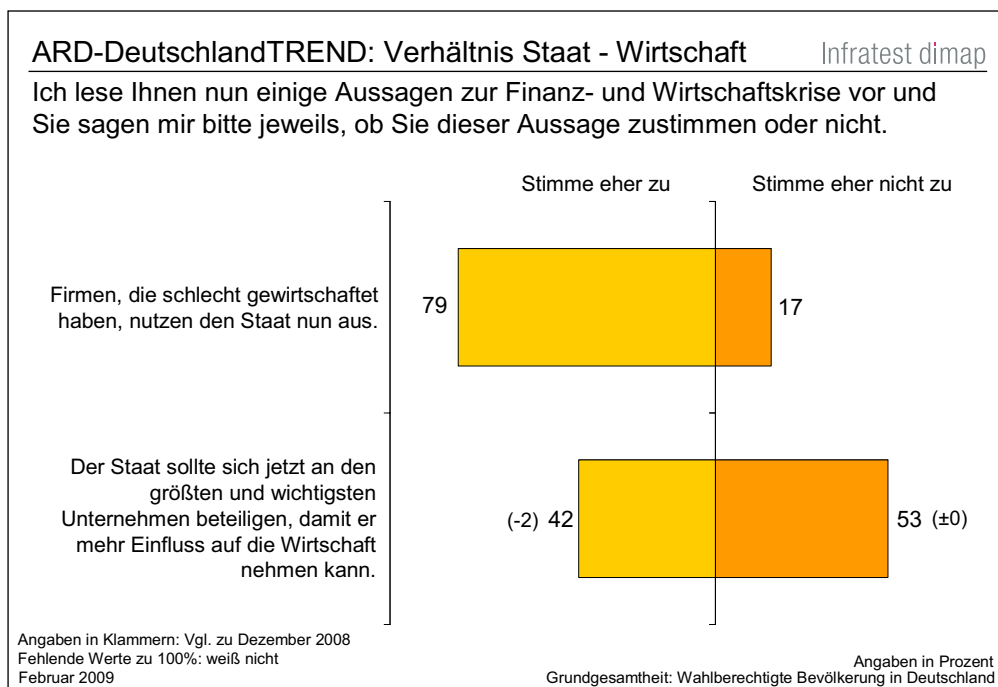
Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise wird von der Mehrheit der Bundesbürger als Bedrohung gesehen, die ihr volles Ausmaß noch nicht erreicht hat. Wie Ende letzten Jahres rechnen drei Viertel der Bundesbürger (73 Prozent) damit, dass der schlimmste Teil der Krise erst bevorsteht. Nach wie vor ist die diffuse Erwartung, dass die Krise auch die persönliche wirtschaftliche Zukunft in irgendeiner Form beeinträchtigen wird, (53 Prozent; +2) bestimmend.

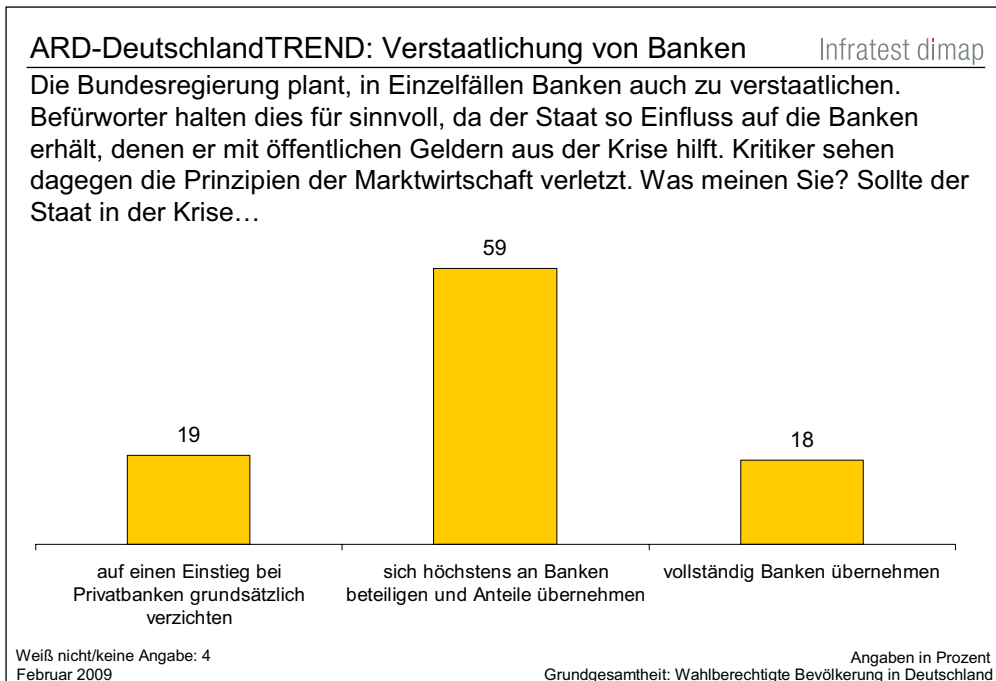


Allerdings haben konkrete Ängste deutlich an Gewicht gewonnen. Nach 32 Prozent im Dezember fürchten derzeit 37 Prozent der Erwerbstätigen um ihren Arbeitsplatz. Nach 42 Prozent zum Jahresende sorgen sich momentan 49 Prozent der Bundesbürger um ihre Ersparnisse.

Unternehmer Staat: Zurückhaltende Haltung gegenüber Unternehmensbeteiligungen, Einstieg bei Banken wird aber unterstützt

Die Forderung, dass der Staat in der Wirtschaftskrise verstärkt zum Miteigentümer bedrohter Unternehmen werden sollte, wird von den Bundesbürgern bislang zurückhaltend aufgenommen. Weniger als die Hälfte der Bundesbürger (42 Prozent) spricht sich dafür aus, dass der Staat sich jetzt an den größten und wichtigsten Unternehmen beteiligen sollte, um seinen Einfluss auf die Wirtschaft zu stärken. Ein entscheidender Grund hierfür ist die Furcht, dass schlecht wirtschaftende Firmen in der gegenwärtigen Situation den Staat einfach ausnutzen könnten (79 Prozent).

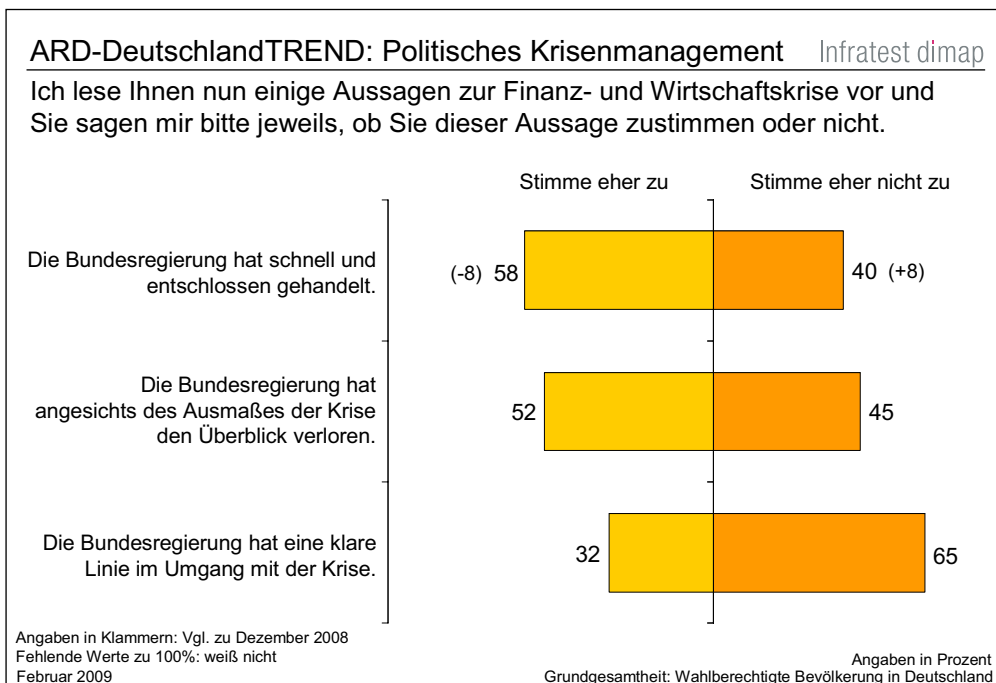




Für eine Branche rücken die Deutschen jedoch von dieser Position ab. Im Bankenbereich spricht sich nur jeder Fünfte (19 Prozent) gegen eine generelle Beteiligung aus. Die Mehrheit (59 Prozent) unterstützt einen Einstieg durch die Übernahme von Anteilen, eine komplette Verstaatlichung von Banken findet den Zuspruch von 18 Prozent.

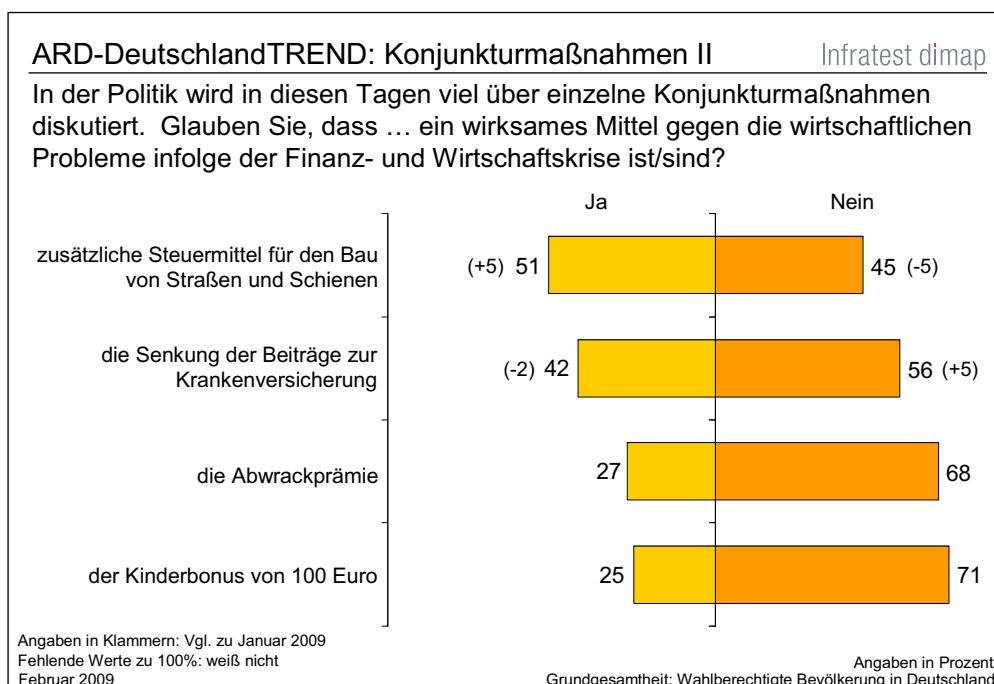
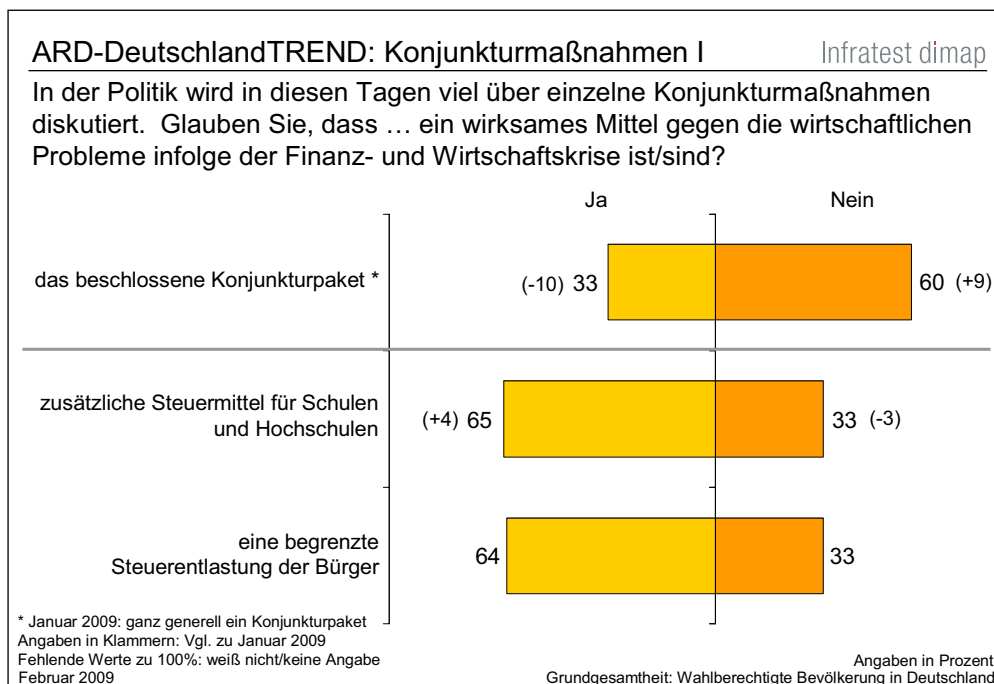
Nüchternere Bewertung des Krisenmanagements der Bundesregierung

Das Krisenmanagement der Bundesregierung überzeugt im Großen und Ganzen nach wie vor die Bundesbürger. Jedoch beurteilen sie das Regierungshandeln zurückhaltender als noch Ende letzten Jahres. Bescheinigten im November drei Viertel (75 Prozent) und im Dezember zwei Drittel (66 Prozent) Berlin ein schnelles und entschlossenes Handeln, sind es aktuell nur 58 Prozent. Die nicht abreißenden Krisenmeldungen und die Diskussion von immer neuen und weiter reichenden Krisenmaßnahmen dürften hierzu entscheidend beigetragen haben. So befürchtet gut die Hälfte (52 Prozent), Berlin habe angesichts des Krisenausmaßes den Überblick verloren, zwei Drittel haben nicht den Eindruck (65 Prozent), dass die Bundesregierung derzeit eine klare Linie im Umgang mit der Krise verfolgt.



Zweites Konjunkturpaket: Skepsis gegenüber Wirksamkeit gewachsen

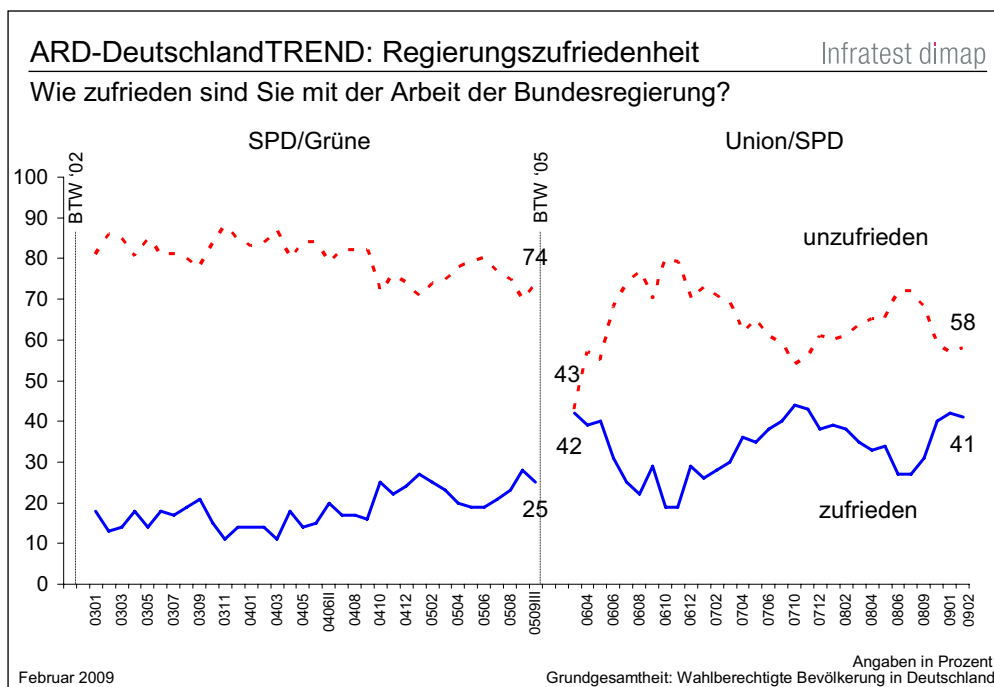
Die insgesamt ernüchterte Sicht auf das Berliner Krisenmanagement geht einher mit einer gewachsenen Skepsis gegenüber dem im Kabinett beschlossenen zweiten Konjunkturpaket. Noch im Januar erwarteten vier von zehn Bundesbürgern, ein solches Paket könnte wichtige Impulse zur Abmilderung der Krise setzen (43 Prozent). Einen Monat später hält nur noch ein Drittel (33 Prozent) das Konjunkturprogramm für ein probates Mittel, um den Abschwung zu bremsen. Sechs von zehn (60 Prozent) sind gegenteiliger Ansicht.



Dabei stoßen die im Konjunkturpaket enthaltenen Einzelmaßnahmen auf sehr unterschiedliche Resonanz. Von zusätzlichen Ausgaben für Schulen und Hochschulen (65:33 Prozent), moderaten Steuerentlastungen der Bürger (64:33 Prozent) und Investitionen in Straßen und Schienen (51:45 Prozent) erwartet eine Mehrheit der Deutschen positive Effekte. Während der Zuspruch für eine verstärkte staatliche Investitionstätigkeit sowohl in Bildung (+4) als auch in Infrastruktur (+5) zugenommen hat, sind die Erwartungen an eine Senkung der Krankenkassenbeiträge weiter leicht gesunken (-2). Nur noch 42 Prozent erwarten hiervon momentan eine positive Wirkung. Die geringsten Konjunkturimpulse werden von Einmalentlastungen wie der Abwrackprämie (27 Prozent) oder dem Kinderbonus von 100 Euro (25 Prozent) erwartet.

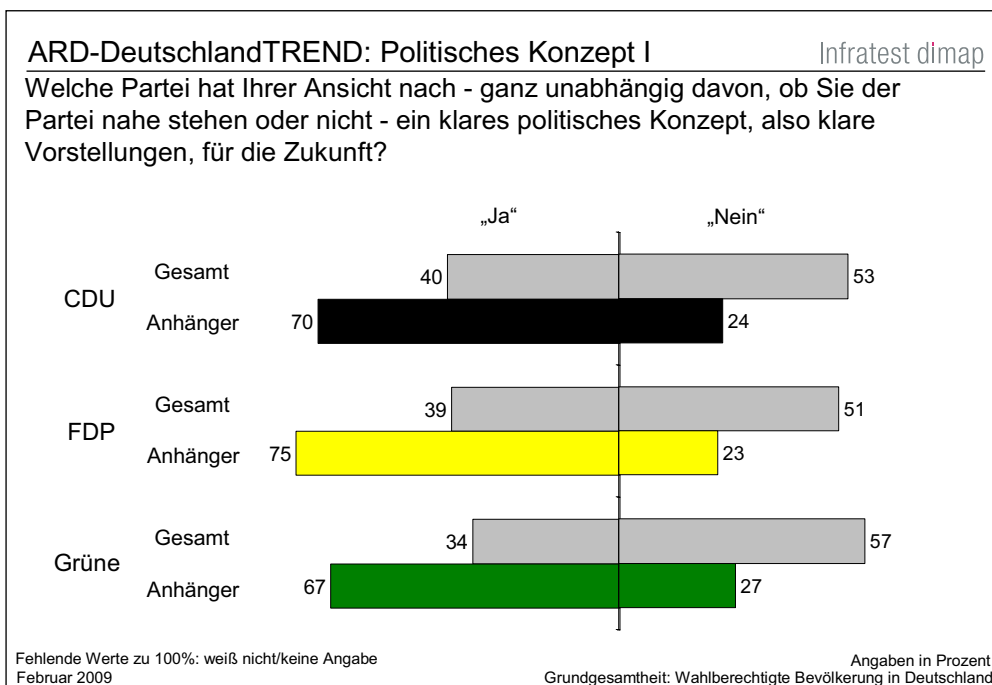
Regierungszufriedenheit: Positivtrend im Februar ausgesetzt

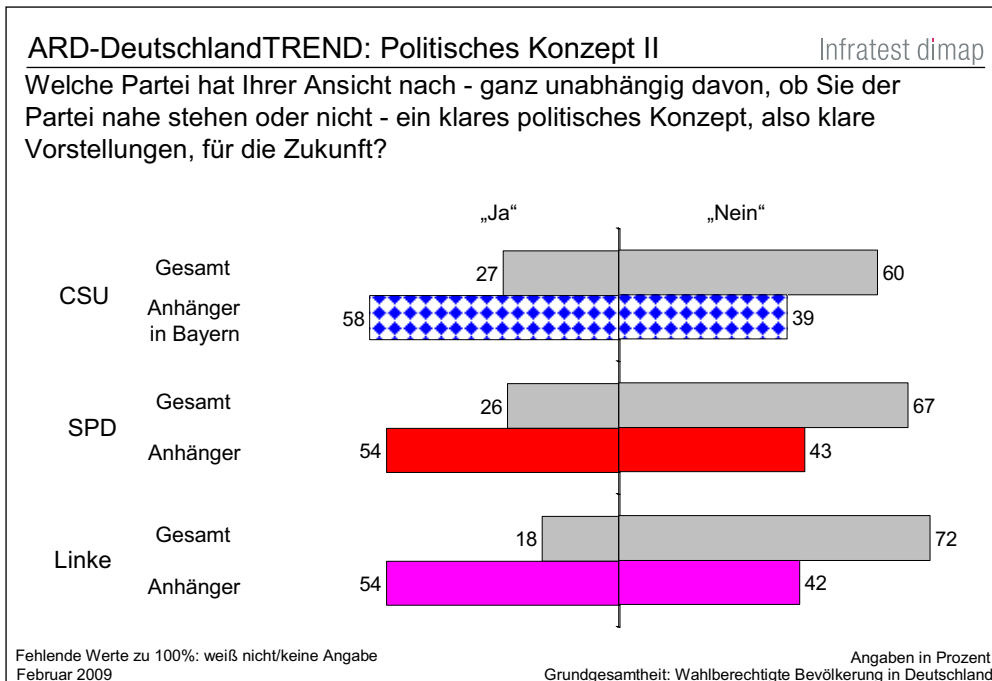
Die skeptischere Bewertung des Berliner Krisenmanagements lässt die allgemeine Regierungszufriedenheit nicht unberührt. Die Bundesregierung hatte seit vergangennem Herbst kontinuierlich an Vertrauen zugelegt. Dieser positive Trend wird im Februar ausgesetzt. Ähnlich wie im Vormonat äußern sich vier von zehn (41 Prozent, -1) zufrieden mit der Arbeit des Kabinetts, sechs von zehn (58 Prozent) üben Kritik. Unionsanhänger äußern sich zwar nach wie vor wesentlich positiver als Anhänger anderer Parteien, mit 32 Prozent fällt allerdings der Anteil der Kritiker deutlich höher aus als vor einem Monat (23 Prozent).



CDU, FDP und Grünen werden am ehesten klare Zukunftskonzepte unterstellt

Das verunsichernde Ausmaß der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise prägt den Blick auch auf die Parteienlandschaft: Mehrheitlich wird aktuell bei keiner Partei ein klar erkennbares Zukunftskonzept ausgemacht. Allerdings fällt dieses Misstrauensvotum bei einigen Parteien weniger stark aus als bei anderen. Vor allem CDU und FDP wird unterstellt, über klare politische Vorstellungen zu verfügen (40 bzw. 39 Prozent; Anhänger: 70 bzw. 75 Prozent). An dritter Stelle folgen die Grünen (34 Prozent), denen zumindest von einer großen Mehrheit der eigenen Anhänger bescheinigt wird, über ein klares politisches Konzept zu verfügen.

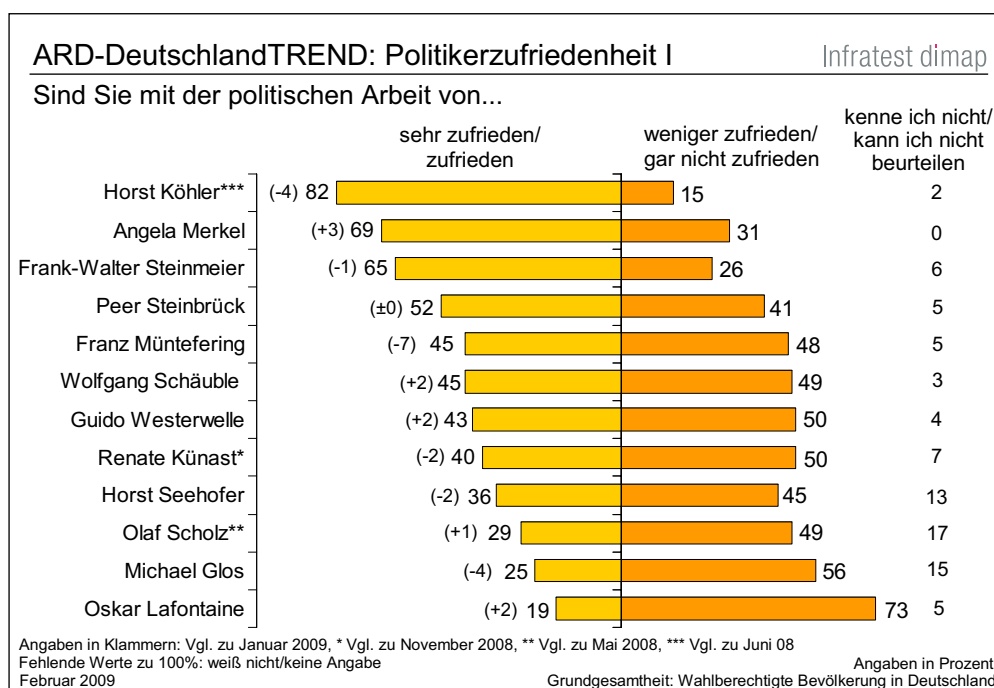




Die SPD landet im bundesweiten Urteil nur auf Platz Vier (26 Prozent), etwa gleichauf mit der bayerischen CSU (27 Prozent). SPD wie CSU leiden momentan auffällig darunter, dass auch ein erheblicher Teil der eigenen Anhängerschaft eine klare Zukunftskonzeption bei ihrer Partei vermisst. Ähnliche Probleme hat in den eigenen Reihen allerdings auch die Linkspartei. Im Urteil der Wahlberechtigten insgesamt schneidet die Linke ohnehin am schlechtesten ab. Nur 19 Prozent verbinden mit ihr klare politische Vorstellungen, wie die Zukunft gestaltet werden sollte.

Politikerzufriedenheit: Merkel legt zu, Glos mit Negativrekord, Müntefering unter Druck

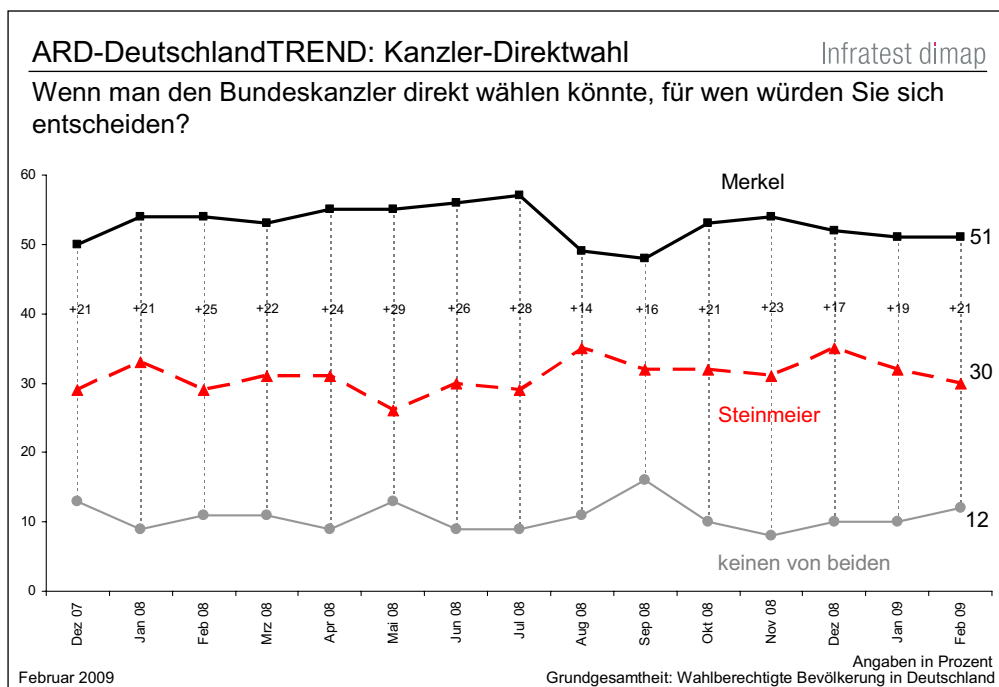
Die zurückhaltendere Bewertung des Krisenmanagements der Regierung wird mit Ausnahme des Wirtschaftsministers bislang in der Beurteilung der Kabinettsmitglieder allerdings nicht sichtbar. Angela Merkel verbessert sich gegenüber dem Vormonat (+3). Sie führt die Rangliste der Parteipolitiker mit einem Zuspruch von 69 Prozent an und wird allein von Bundespräsident Horst Köhler (82 Prozent, -4) übertroffen. Der Bundeskanzlerin folgt mit kaum verändertem Wert Außenminister Frank-Walter Steinmeier (65 Prozent, -1), dahinter mit etwas Abstand Finanzminister Peer Steinbrück (52 Prozent; +/-0). Während Innenminister Wolfgang Schäuble (45 Prozent, +2) und Arbeitsminister Olaf Scholz (29 Prozent, +1) leicht zulegen, gibt Wirtschaftsminister Michael Glos erkennbar ab (-4). Mit einem Zustimmungswert von 25 Prozent fällt der Rückhalt für den Chef des Wirtschaftsressorts momentan so gering aus wie nie zuvor.



Noch deutlicher als der CSU-Politiker verliert im Monatsverlauf Franz Müntefering (-7). Im Urteil der Bundesbürger liegt er zwar auf Rang vier der Parteipolitikerrangliste (45 Prozent), als neuer SPD-Vorsitzender erzielte er in den Monaten zuvor jedoch durchweg bessere Werte. Nach dem Hessen-Erfolg seiner Partei gelingt auch Guido Westerwelle eine leichte Verbesserung (+2). Der FDP-Vorsitzende platziert sich Renate Künast (40 Prozent), die leicht verliert (-2). In gleichem Umfang wie die Grünen-Fraktionsvorsitzende gibt auch der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer ab, der sich mit einem Zuspruch von 36 Prozent im hinteren Mittelfeld platziert. Der Fraktionsvorsitzende der Linken, Oskar Lafontaine, legt leicht zu (+2), steht mit 19 Prozent jedoch unverändert an letzter Stelle der Rangliste.

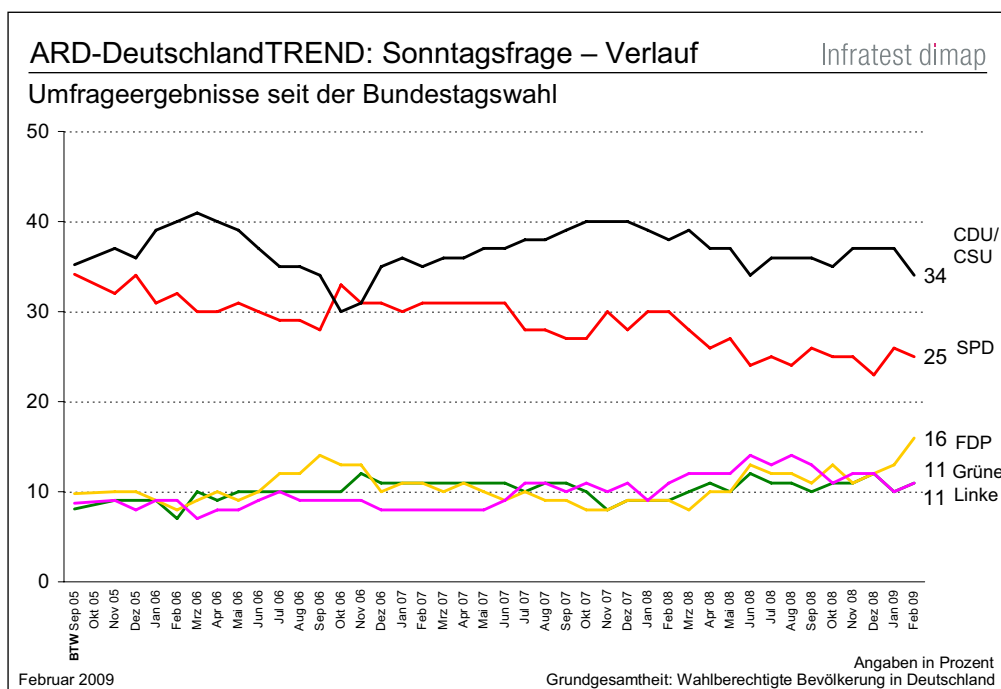
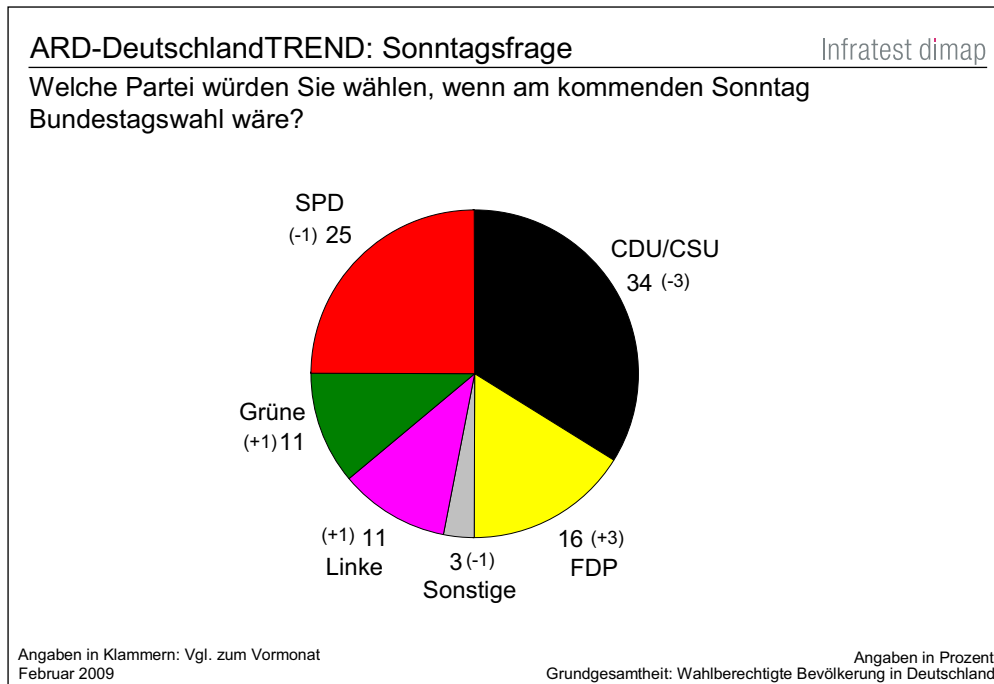
Direktwahl: Merkel bleibt klar vor Steinmeier

Auch wenn Frank-Walter Steinmeier nach wie vor kaum weniger populär ist als Angela Merkel, als Kanzler wünschen sich die Bundesbürger weiterhin eher die CDU-Chefin als den SPD-Mann. Ähnlich wie im Januar sprechen sich 51 Prozent (+/-0) für die Amtsinhaberin, 30 Prozent (-2) für den SPD-Herausforderer aus. Merkel hat nach wie vor nicht nur in der Unions-Anhängerschaft (83 Prozent) einen größeren Rückhalt als Steinmeier bei den SPD-Anhängern (57 Prozent). Sie überzeugt auch bei den FDP-Anhängern sehr viel stärker (59 Prozent) als es Steinmeier umgekehrt im Lager der Grünen gelingt (45 Prozent).



Sonntagsfrage: Koalitionsparteien unter Druck, FDP auf Rekordniveau

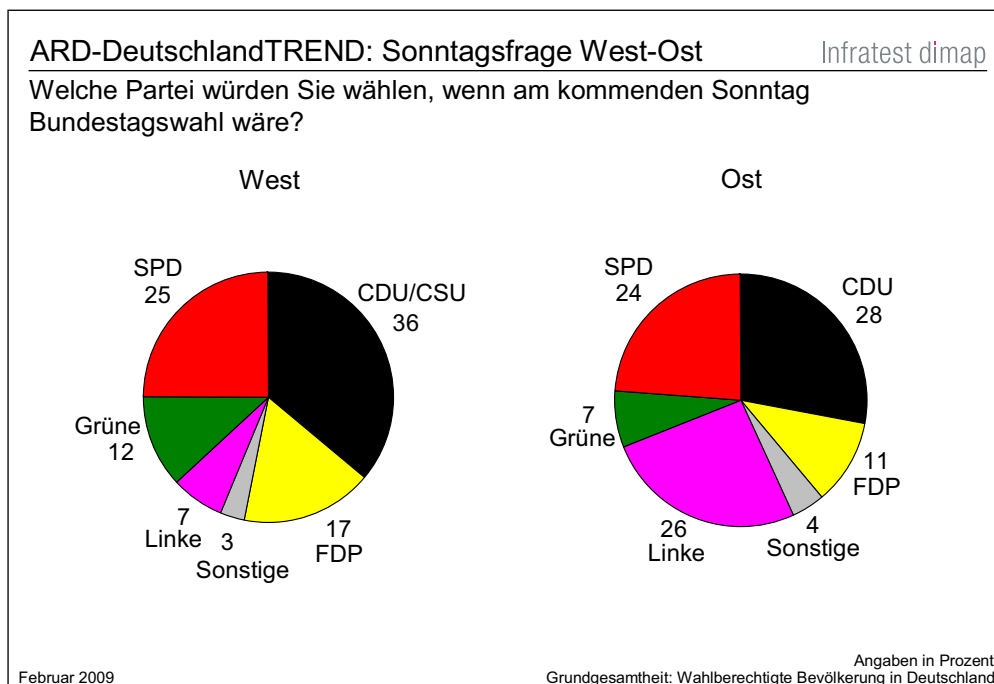
In der aktuellen politischen Stimmung geraten beide Koalitionsparteien unter Druck, die Union stärker noch als die SPD. Die Union hätte aktuell 34 Prozent in Aussicht. Sie liegt damit 3 Punkte unter dem Niveau des Vormonats und so schlecht wie seit Juni letzten Jahres nicht mehr. Für die SPD würden sich 25 Prozent entscheiden. Sie gibt damit binnen Monatsfrist 1 Punkt ab.



Profitieren können von der Schwäche der beiden großen Parteien die kleinen, allen voran die Liberalen. Die FDP verbessert sich um 3 Punkte auf 16 Prozent.

Nach dem Hessen-Erfolg liegt sie damit in der bundespolitischen Stimmung auf Rekordniveau. Grüne und Linke verbessern sich jeweils um 1 Punkt auf 11 Prozent. Die sonstigen Parteien kämen zusammen auf 3 Prozent (-1).

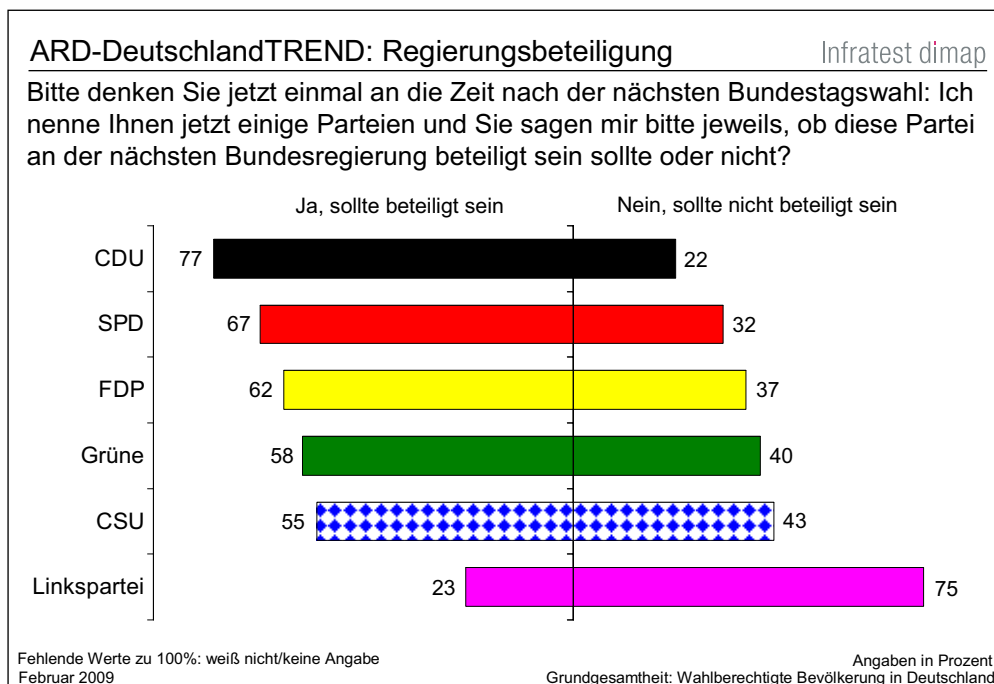
In den **alten Bundesländern** könnte die CDU/CSU derzeit einen Stimmenanteil von 36 Prozent erreichen. Die SPD könnte im Westen der Republik 25 Prozent der Wählervoten auf sich vereinen. Beide Parteien verlieren jeweils 2 Punkte. Die FDP legt 3 Punkte zu und platziert sich mit 17 Prozent klar vor den Grünen (12 Prozent). Die Linke legt wie die Grünen 1 Punkt zu und könnte derzeit 7 Prozent der Wähler im Westen von sich überzeugen.



In den **neuen Bundesländern** bliebe die CDU trotz Einbußen (-2) stärkste Partei (28 Prozent). Die Linke würde mit unverändert 26 Prozent zweistärkste Kraft, vor der SPD mit 24 Prozent (-1). Die Liberalen legen auch in den neuen Ländern deutlich zu (+3) und wären hier aktuell mit 11 Prozent zweistellig. Die Grünen hätten nach einem Zuwachs von 2 Punkten 7 Prozent der Stimmen in Aussicht.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

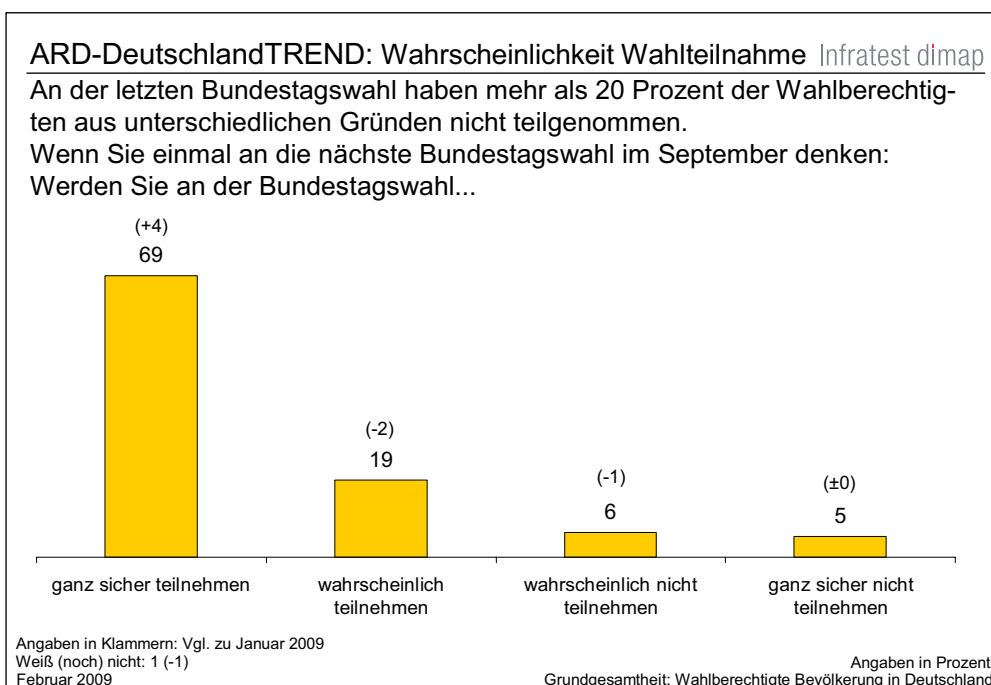
Unter diesen Kräfteverhältnissen wäre in der momentanen politischen Stimmung eine Koalition aus Union und FDP rechnerisch möglich. Generell gilt allerdings, dass die Mehrzahl der Bundesbürger grundsätzlich keine Einwände gegen eine Machtteilhabe der im Bundestag vertretenen Parteien hat, mit Ausnahme der Linkspartei. Drei Viertel (77 Prozent) würden es gerne sehen, wenn künftig die CDU Regierungsverantwortung tragen würde. Zwei Drittel (67 Prozent) befürworten eine Regierungsbeteiligung der SPD und 62 Prozent würden die Teilnahme der FDP gut heißen. Eine Teilhabe der Grünen an der Macht wäre im Sinne von 58 Prozent, 55 Prozent halten eine Regierungsbeteiligung der CSU für wünschenswert.



Die Linkspartei sollte nach Ansicht von lediglich 23 Prozent mit am Kabinetttisch sitzen, drei von vier Bundesbürgern (75 Prozent) lehnen ihre Regierungsbeteiligung im Bund ab. Im Osten ist man zwar prinzipiell offener gegenüber einem Eintritt der Linkspartei in ein Bundeskabinett (41 Prozent), aber auch hier spricht sich eine Mehrheit (57 Prozent) gegen eine Machtteilhabe in Berlin aus.

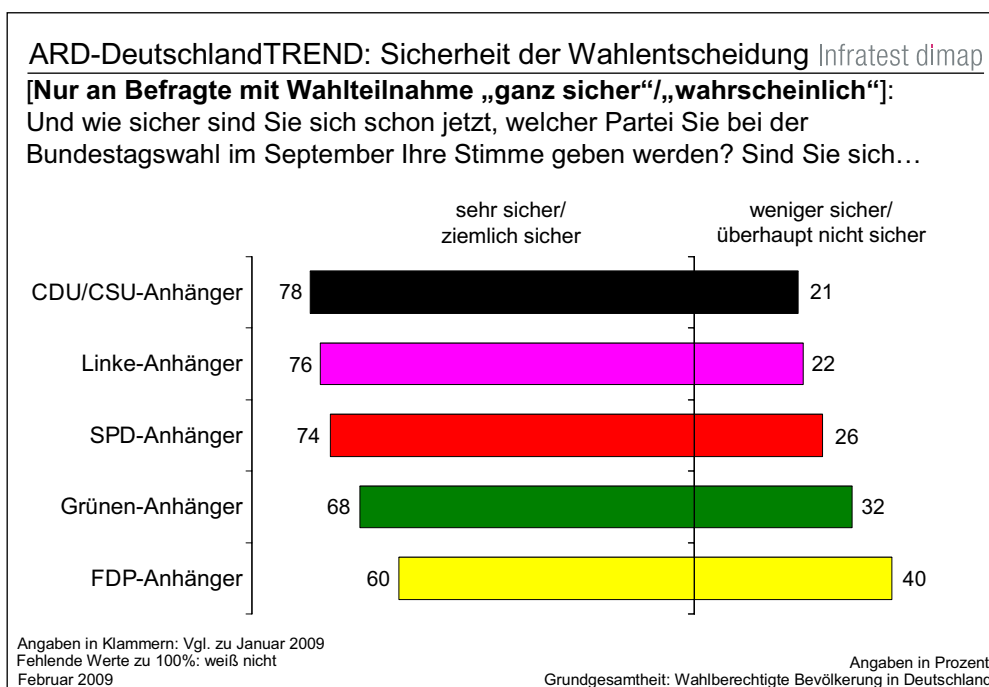
Bundestagswahl im Herbst: sieben von zehn wollen teilnehmen, viele hinsichtlich der Wahlabsicht aber noch unsicher

Wie die Bundestagswahl im Herbst ausgehen wird, hängt nicht zuletzt von der Wahlbeteiligung ab, die vor fünf Jahren bei 77,7 Prozent lag. Derzeit äußern sieben von zehn Wahlberechtigten (69 Prozent) die feste Absicht, im September an die Urnen zu gehen. Ein Fünftel (19 Prozent) hält die eigene Teilnahme für wahrscheinlich, erfahrungsgemäß setzt allerdings ein beachtlicher Teil diese vage Absicht am Wahltag nicht um. 6 Prozent wollen ihr Wahlrecht vermutlich nicht, 5 Prozent ganz sicher nicht wahrnehmen. Im Vergleich zum Vormonat ist die Zahl derer, die ihre Wahlteilnahme im Herbst bereits fest ins Auge fassen, leicht gestiegen (+4).



In den neuen Bundesländern, wo die Wahlbeteiligung im Schnitt geringer ausfällt als im Westen, bleibt auch vor dieser Wahl die Teilnahmebereitschaft deutlich hinter der in den alten Bundesländern zurück: Signalisieren in den alten Bundesländern momentan 72 Prozent, ganz sicher an die Urnen gehen zu wollen, sind es im Osten nur 58 Prozent. Unter den Parteianhängern ist die feste Absicht im Herbst zur Wahl zu gehen, derzeit besonders ausgeprägt bei den SPD-Anhängern (84 Prozent), vergleichsweise selten dagegen bei den Parteigängern der Linkspartei anzutreffen (75 Prozent). In den Reihen der Union, der FDP und den Grünen liegt der Anteil der definitiv zur Wahl Entschlossenen aktuell bei vier Fünftel.

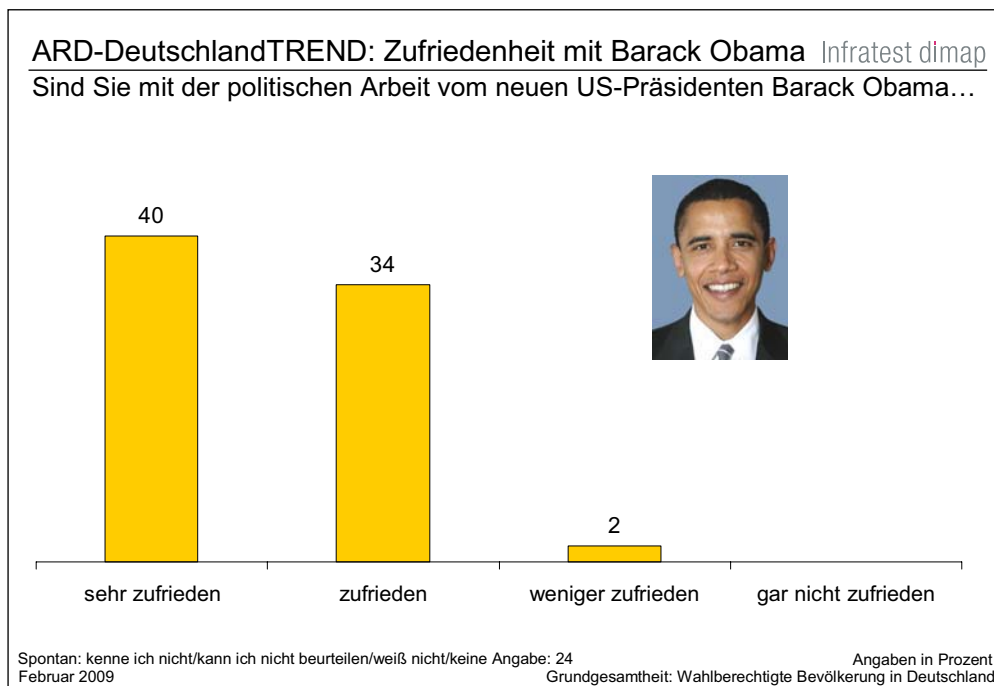
Ein erheblicher Teil derjenigen, die am Wahlgang im Herbst interessiert sind, ist sich seiner Wahlabsicht jedoch alles andere als sicher. Lediglich 31 Prozent derer, die definitiv oder wahrscheinlich im September wählen gehen wollen, bezeichnen ihre derzeitige Wahlabsicht als sehr sicher, weitere 28 Prozent als ziemlich sicher. Für jeden Vierten (24 Prozent) kann sich an der eigenen Parteipräferenz durchaus noch etwas ändern. 16 Prozent sind sich sogar noch völlig unschlüssig, wen sie im September dieses Jahres ihre Stimme geben werden.



Vergleichsweise sicher in ihrer Entscheidung sind sich die momentanen Anhänger von Union, Linkspartei und SPD, die zu jeweils drei Vierteln ihre jetzige Präferenz als sehr oder ziemlich sicher betrachten. Weniger festgelegt scheinen die jetzigen Anhänger von Grünen, vor allem aber der FDP zu sein. In den Reihen der Grünen ist sich jeder dritte (32 Prozent) weniger oder überhaupt nicht sicher, unter den Anhängern der in der aktuellen politischen Stimmung so starken FDP sind es sogar vier von zehn (40 Prozent).

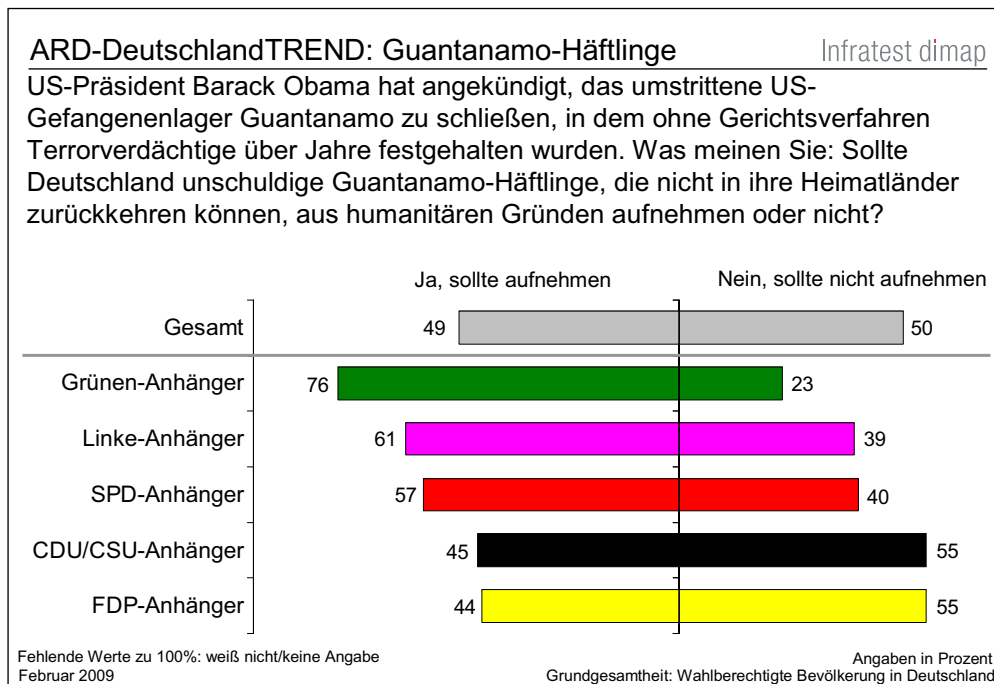
„Obama-Manie“: US-Präsident fast so populär wie Horst Köhler

Der gerade ins Amt eingeführte US-Präsident besitzt auch in Deutschland eine ausgesprochen große Popularität. Mit 74 Prozent Zustimmung erreicht Barack Obama bei den Deutschen fast das Zustimmungsniveau von Horst Köhler (82 Prozent), der Anteil der kritischen Stimmen liegt bei Obama sogar niedriger als beim Bundespräsidenten. Die positive Einschätzung zieht sich durch alle Bevölkerungsgruppen und politische Anhängerschaften.



Aufnahme von Guantanamo-Häftlingen spaltet Bundesbürger

Zur Popularität des US-Präsidenten bei den Deutschen dürfte auch die Schließung des umstrittenen US-Gefangenenlagers Guantanamo als eine seiner ersten Amtshandlungen beigetragen haben. Die in Deutschland daran anschließende Diskussion um eine mögliche Gefangenenaufnahme jedoch spaltet die Bundesbürger. Die eine Hälfte ist dafür, unschuldige Guantanamo-Häftlinge, die nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können, in Deutschland aufzunehmen, die andere dagegen.



Mehrheitlich gegen die Aufnahme von Häftlingen aus Guantanamo sprechen sich die Anhänger von Union und FDP aus. In den Reihen der SPD, der Linken und insbesondere der Grünen hält die größere Zahl eine solche humanitäre Geste hingegen für richtig.